SCHIEDSSTELLE

nach dem Gesetz über die Wahrnehmung
von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
durch Verwertungsgesellschaften
beim Deutschen Patent- und Markenamt

München, den 12.06.2024

Tel.: 089 / 2195 – (...)

Fax: 089 / 2195 – (...)

Az.: Sch-Urh 29/21

In dem Schiedsstellenverfahren

(...)

- Antragstellerin -

Verfahrensbevollmächtigter:

(...)

gegen

(...)

- Antragsgegnerin -

Verfahrensbevollmächtigte:

(...)

erlässt die Schiedsstelle nach dem Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften beim Deutschen Patent- und Markenamt durch (...) folgenden

Einigungsvorschlag:

1. Die Antragsgegnerin ist verpflichtet, der Antragstellerin aufgeschlüsselt nach Kalenderjahren Auskunft über die Art (Marke, Typenbezeichnung) und Stückzahl der in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2020 veräußerten oder in Verkehr gebrachten Smartwatches zu erteilen sowie im Falle des Bezugs im Inland als Händlerin die Bezugsquelle (mit genauer Firmenbezeichnung und Adresse) zu benennen.

Smartwatches sind mobile, elektronische Geräte im Uhren- oder Armbanddesign, die mit einem Mobiltelefon über eine drahtlose Verbindung (z.B. Bluetooth/WiFi/WLAN) verbunden werden können und die über eine solche Verbindung auf Funktionen oder Programme des Mobiltelefons (z.B. Anrufe tätigen oder entgegennehmen) zugreifen können und/oder auf denen Push-Benachrichtigungen des Mobiltelefons empfangen werden können (z.B. die Anzeige von Benachrichtigungen zu eingehenden Anrufen und Mitteilungen) und die deshalb als Ergänzung zu einem Mobiltelefon bestimmt sind und die über einen eingebauten Speicher mit einer Speicherkapazität von mindestens 5 Megabyte verfügen, auf dem Audiowerke und/oder Videowerke und/oder Textwerke und/oder Bildwerke gemäß § 53 Abs. 1 bis 2 und §§ 60a bis 60f UrhG gespeichert werden können.

Smartwatches, die nur über eine eingeschränkte Wiedergabemöglichkeit verfügen, z.B. nur die Wiedergabe von Rufmelodien, MMS oder ähnlichem ermöglichen bzw. Geräte, die ausschließlich dazu geeignet sind, körperliche Aktivitäten und/oder Vitalfunktionen aufzuzeichnen, sind keine Smartwatches im Sinne dieser Definition.

2. Die Antragsgegnerin ist verpflichtet, an die Antragstellerin für jede Smartwatch laut Auskunft nach Ziffer 1. eine Vergütung wie folgt zu bezahlen:
 - EUR 1,50 pro Stück, sowie
 - weitere EUR 1,50 pro Stück als doppelter Vergütungssatz,

zuzüglich Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz hieraus seit dem (...),

es sei denn, diese Smartwatches wurden von der Antragsgegnerin als Händlerin in der Bundesrepublik Deutschland bezogen oder die Antragsgegnerin weist nach, dass diese eindeutig anderen Verwendungen als der Anfertigung von Vervielfältigungen zum eigenen Gebrauch nach § 53 Abs. 1 und 2, §§ 60a bis 60f UrhG vorbehalten sind und dass mit Hilfe dieser Geräte allenfalls in geringem Umfang tatsächlich solche Vervielfältigungen angefertigt worden sind und nach dem normalen Gang der Dinge angefertigt werden. Der Nachweis kann nach Abschnitt 4 des gemeinsamen Tarifs über die Vergütung nach den §§ 54, 54a UrhG (Vergütung für Vervielfältigungen gemäß § 53 Abs. 1 bis 2 und §§ 60a bis 60f UrhG) für Smartwatches vom 22. Oktober 2019, im Bundesanzeiger vom 24. Oktober 2019 veröffentlicht, erbracht werden.

3. Im Übrigen werden die Anträge zurückgewiesen.
4. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens. Die den Beteiligten entstandenen außeramtlichen Kosten tragen diese jeweils selbst.

Gründe:

I.

Die in der Antragstellerin zusammengefassten Verwertungsgesellschaften begehren von der Antragsgegnerin Auskunftserteilung und Zahlung einer urheberrechtlichen Vergütung gemäß § 54 Abs. 1 UrhG für Smartwatches für die Jahre 2019 und 2020. Darüber hinaus macht die Antragstellerin einen Anspruch auf doppelten Vergütungssatz nach § 54e Abs. 2 bzw. § 54f Abs. 3 UrhG geltend.

Die Antragstellerin ist ein Zusammenschluss deutscher Verwertungsgesellschaften (...), die Ansprüche aus § 54 Abs. 1 UrhG herleiten können. Mit Gesellschaftsvertrag vom (...) in der Fassung der Beschlüsse der Gesellschafter vom (...) (im Folgenden: Gesellschaftsvertrag, abrufbar unter: (...)) haben sich die Verwertungsgesellschaften zum Zwecke der Geltendmachung ihrer Ansprüche gemäß §§ 54 ff. UrhG zu einer BGB-Gesellschaft zusammengeschlossen und die ihnen zur Wahrnehmung übertragenen Ansprüche für Vervielfältigungen von Audiowerken und audiovisuellen Werken in die Gesellschaft eingebracht. Die Antragstellerin ist gemäß § (...) des Gesellschaftsvertrags dazu berechtigt, die ihr übertragenen Rechte im eigenen Namen geltend

zu machen. Sie macht außerdem im eigenen Namen auch die von der (...) und der (...) abgetretenen Ansprüche für Vervielfältigungen von stehendem Text und stehendem Bild geltend (vgl. die als Anlage (...) vorgelegte Abtretungsvereinbarung vom (...)).

Geschäftsgegenstand der Antragsgegnerin ist laut Handelsregister u.a. der Großhandel mit Telekommunikationsartikeln und Büroelektronik, Hardware und Software, sowie Vermittlung von Mobilfunkverträgen (Handelsregister B des Amtsgerichts (...)). Die Antragsgegnerin hat ausweislich einer von der Antragstellerin vorgelegten Händlerauskunft (...) und einer Händlerauskunft der (...) für das erste Halbjahr 2020 vom (...) (nicht vorgelegt) in den Jahren 2019 und 2020 Smartwatches in der Bundesrepublik Deutschland vertrieben.

Die GfK führte im Jahr 2018 im Auftrag der Antragstellerin eine empirische Untersuchung zur Nutzung von Smartwatches zu Vervielfältigungszwecken durch. Die Untersuchung wurde in diesem Verfahren nicht vorgelegt.

Im Oktober 2019 schlossen die Antragstellerin, die (...) und die (...) mit dem (...) (im Folgenden: (...)) einen „Gesamtvertrag zur Regelung der urheberrechtlichen Vergütungspflicht gemäß §§ 54 ff. UrhG für Smartwatches für die Zeit ab dem 01.01.2019“ (...). Der Gesamtvertrag sieht grundsätzlich eine Vergütung pro Smartwatch in Höhe von EUR 1,50 vor (§ 3 (1) des Gesamtvertrags). § 6 regelt Ausnahmen von der Vergütungspflicht, unter anderem für sogenannte „Business-Vertragsprodukte“.

Die Antragsgegnerin ist dem Gesamtvertrag nicht beigetreten.

Auf Grundlage des Gesamtvertrags mit dem (...) wurde am 22. Oktober 2019 von der Antragstellerin, der VG Wort und der VG Bild-Kunst ein gemeinsamer Tarif über die Vergütung nach den §§ 54, 54a UrhG (Vergütung für Vervielfältigungen gemäß § 53 Abs. 1 bis 2 und §§ 60a bis 60f UrhG) für Smartwatches aufgestellt, der im Bundesanzeiger vom 24. Oktober 2019 veröffentlicht wurde (Tarif abrufbar über die Internetseite der Antragstellerin, vgl. oben). Hiernach beträgt die Vergütung für Smartwatches, die der Definition nach Abschnitt 3 des Tarifs unterfallen, pro Stück EUR 1,50. Für Smartwatches, die eindeutig anderen Verwendungen als der Anfertigung von Vervielfältigungen nach § 53 Abs. 1 oder 2 bzw. §§ 60a bis 60f UrhG vorbehalten waren oder werden und mit deren Hilfe allenfalls in geringem Umfang tatsächlich solche Vervielfältigungen angefertigt und nach dem normalen Gang der Dinge angefertigt wurden oder werden („Business-Produkte“), entfällt die Vergütungspflicht nach Maßgabe der Regelungen in Abschnitt 4 des Tarifs (vgl. Abschnitt 4, A. Vorbemerkung).

Mit Schreiben vom (...) (vorgelegt als (...)) forderte die Antragstellerin die Antragsgegnerin unter Fristsetzung bis zum (...) auf, Auskunft über die verfahrensgegenständlichen Smartwatches für die Jahre 2019 und 2020 zu erteilen und, soweit sie Importeur und/oder Hersteller sei, die sich aus der Auskunft zu errechnende tarifliche Vergütung (laut Anlage „Smartwatches“ EUR 1,50 pro Stück) zu bezahlen. Für den Fall der nicht fristgerechten Auskunftserteilung machte sie mit dem Schreiben zudem den doppelten Vergütungssatzes gemäß § 54e Abs. 2 UrhG bzw. § 54f Abs. 3 UrhG geltend (vgl. Ziffer 5. des Schreibens). Gleichzeitig wies die Antragstellerin darauf hin, dass sich die Antragsgegnerin – sofern sie Importeur und/oder Hersteller sei und die Frist verstreichen lasse – mit der Zahlung der geschuldeten Beträge sowie mit der Zahlung des doppelten Vergütungssatzes in Verzug befinde (vgl. Ziffer 3. des Schreibens).

Die Antragsgegnerin erteilte keine Auskünfte und leistete keine Zahlungen.

Die Antragstellerin trägt vor, die Untersuchung der GfK habe ergeben, dass mit Smartwatches im Laufe ihrer Nutzungsdauer Vervielfältigungen von Musiktiteln zu privaten Zwecken im Umfang von umgerechnet 170,56 Spielstunden angefertigt werden.

Die Antragstellerin meint, die Angemessenheit der geltend gemachten, tariflichen Vergütungssätze für Smartwatches ergebe sich bereits aus dem mit dem (...) abgeschlossenen Gesamtvertrag. Diese gesamtvertragliche Vereinbarung indiziere nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) die Angemessenheit der geforderten Vergütung. Auch das Oberlandesgericht (OLG) München sei in vergleichbaren Fällen (betreffend die Vergütung für PCs, Tablets und Festplatten) von einer Indizwirkung der jeweils geschlossenen Gesamtverträge ausgegangen.

Insbesondere im Hinblick auf die grundsätzlich vergleichbare Funktionalität von Smartwatches und MP3-Playern hätten die Parteien des Gesamtvertrags für Smartwatches für die Zeit ab dem 1. Januar 2019 eine Vergütung vereinbart, die der gesamtvertraglich vereinbarten Vergütung für MP3-Player von EUR 1,50 entspricht (Gesamtvertrag zwischen der Antragstellerin und (...) sowie zwischen der Antragstellerin und dem (...) für Produkte der Unterhaltungselektronik vom Mai 2019 mit Geltung für die Zeit ab 1. Januar 2008). Zwar sei die vergütungspflichtige Nutzung von Smartwatches zur Vervielfältigung von Audiorwerken mit 170,56 Spielstunden niedriger als diejenige von MP3-Playern, die im Gesamtvertragsverfahren Sch-Urh 19/08 von der Schiedsstelle mit 339,2 Spielstunden ermittelt worden sei. Die höhere Audionutzung von MP3-Playern

wirke sich jedoch nicht entscheidend aus, da sowohl das Berechnungsmodell der Antragstellerin als auch das Modell der Schiedsstelle degressiv ausgestaltet seien. Nach dem Berechnungsmodell der Antragstellerin ergebe sich für MP3-Player eine angemessene Vergütung von EUR 5,47 und für Smartwatches von EUR 4,00, jeweils vor Anwendung der Kappungsgrenzen.

Die Schiedsstelle habe für MP3-Player ebenfalls eine Vergütung von EUR 1,50 für angemessen erachtet, was vom OLG München bestätigt worden sei.

Hilfsweise werde auf eine Berechnung der angemessenen Vergütung durch die Antragstellerin verwiesen. Diese sei auf Grundlage der empirischen Untersuchung der GfK vorgenommen worden. Dabei lege die Antragstellerin nur die Hälfte der ermittelten Spielstunden für die Vervielfältigung von Musiktiteln zugrunde, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass an der Vervielfältigung auf eine Smartwatch auch ein Vervielfältigungsgerät, in der Regel ein Smartphone, beteiligt sei. Des Weiteren sehe die Antragstellerin davon ab, Vervielfältigungen von audiovisuellen Werken und von stehendem Text und stehendem Bild in die Vergütungsberechnung mit einzu beziehen. Für Smartwatches errechne die Antragstellerin hiernach unter Zugrundelegung ihres Berechnungsmodells eine angemessene Vergütung von EUR 4,00 pro Stück.

Die Antragsgegnerin befinde sich seit Ablauf der in dem Aufforderungsschreiben gesetzten Frist, mithin seit dem (...) in Verzug.

Mangels Auskunftserteilung und Zahlung bestehe der geltend gemachte Anspruch auf den doppelten Vergütungsanspruch und auch diesbezüglich ein Anspruch auf Verzugszinsen.

Die Antragstellerin **beantragt** den Erlass folgenden Einigungsvorschlages:

1. Die Antragsgegnerin ist verpflichtet, der Antragstellerin aufgeschlüsselt nach Kalenderjahren Auskunft über die Art (Marke, Typenbezeichnung) und Stückzahl der in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 01.01.2019 – 31.12.2020 veräußerten oder in Verkehr gebrachten Smartwatches im Sinne von Abschnitt 3 des Tarifs für Smartwatches gemäß Anlage 1 zu diesem Antrag zu erteilen und dabei anzugeben und nachzuweisen, ob es sich gegebenenfalls um eine vergütungsfreie „Business-Smartwatch“ gehandelt hat, sowie im Falle des Bezuges im Inland als Händler die Bezugsquelle (mit genauer Firmenbezeichnung und Adresse) zu benennen.

Vergütungsfreie „Business-Smartwatches“ im Sinne dieses Antrags sind Smartwatches, für die der Nachweis erbracht wird, dass sie eindeutig anderen Verwendungen als der Anfertigung von Vervielfältigungen zum eigenen Gebrauch nach § 53 Abs. 1 und 2, §§ 60a – 60f UrhG vorbehalten sind und dass mit ihrer Hilfe allemfalls in geringem Umfang tatsächlich solche Vervielfältigungen angefertigt worden sind und nach dem normalen Gang der Dinge angefertigt werden. Die Antragsgegnerin kann diesen Nachweis innerhalb von 3 Monaten nach Erteilung der Auskünfte nach Abschnitt 4 des Tarifs für Smartwatches gemäß Anlage 1 zu diesem Antrag erbringen.

2. Die Antragsgegnerin ist verpflichtet, an die Antragstellerin für jede laut Auskunft nach dem Antrag zu 1. in der Bundesrepublik Deutschland veräußerte oder in Verkehr gebrachte Smartwatch eine Vergütung von EUR 1,50 sowie weitere EUR 1,50 als doppelten Vergütungssatz zu bezahlen, insgesamt somit EUR 3,00 pro Stück, zuzüglich Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz hieraus seit dem (...), es sei denn, die Smartwatches wurden von der Antragsgegnerin als Händlerin im Inland bezogen oder die Antragsgegnerin weist nach, dass es sich um vergütungsfreie „Business-Smartwatches“ gemäß der Definition im Antrag zu 1. handelt.
3. Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Ihrem Antrag hat die Antragstellerin den gemeinsamen Tarif der Antragstellerin, VG Wort und VG Bild-Kunst „über die Vergütung nach den §§ 54, 54a UrhG (Vergütung für Vervielfältigungen gemäß § 53 Abs. 1 bis 2 und §§ 60a bis 60f UrhG) für Smartwatches“ vom 22. Oktober 2019, veröffentlicht im Bundesanzeiger am 24. Oktober 2019, als Anlage 1 zum Antrag zu 1. beigelegt. Von der Wiedergabe dieser Anlage wird abgesehen.

Die Antragsgegnerin beantragt,

den Antrag der Antragstellerin vom (...) zurückzuweisen.

Zur Sache hat sich die Antragsgegnerin trotz Ankündigung nicht weiter eingelassen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Schriftsätze samt Anlagen Bezug genommen.

II.

Der Antrag ist zulässig und überwiegend begründet. Die Antragsgegnerin hat für die verfahrensgegenständlichen Smartwatches Auskunft zu erteilen und unter den im Tenor genannten Voraussetzungen die tarifliche Vergütung sowie den doppelten Vergütungssatz zu bezahlen.

1. Der Antrag ist zulässig.

a) Die Anrufung der Schiedsstelle ist gemäß § 92 Abs. 1 Nr. 2 VGG statthaft.

Der Streitfall betrifft die Vergütungspflicht nach § 54 UrhG. Zwar ist die Antragstellerin keine Verwertungsgesellschaft im Sinne des § 2 VGG, da sie nicht unmittelbar treuhänderisch für mehrere Rechtsinhaber tätig wird, sondern die Ansprüche nach §§ 54 ff. UrhG für die ihr angehörenden Gesellschafter-Verwertungsgesellschaften geltend macht. Sie ist aber eine „abhängige Verwertungseinrichtung“ nach § 3 Abs. 1 VGG, da alle ihre Gesellschafter Verwertungsgesellschaften sind, so dass nach § 3 Abs. 2 Satz 1 VGG die für diese Tätigkeit geltenden Bestimmungen des VGG – und somit auch § 92 Abs. 1 Nr. 2 VGG – entsprechend anzuwenden sind. Mit der Geltendmachung der Ansprüche nach §§ 54 ff. UrhG übt die Antragstellerin die Tätigkeit einer Verwertungsgesellschaft aus.

b) Die Anrufung der Schiedsstelle ist auch formgerecht erfolgt, § 97 Abs. 1 Satz 1 VGG.

2. Der Antrag ist überwiegend begründet.

a) Die Antragstellerin ist als abhängige Verwertungseinrichtung hinsichtlich der geltend gemachten Auskunfts- und Zahlungsansprüche aktivlegitimiert, §§ 48, 49 VGG entsprechend i.V.m. § 3 Abs. 1, Abs. 2 VGG, §§ 54, 54b, 54f Abs. 1, 54h Abs. 1 UrhG i.V.m. § 4.1 Satz 1 und § 4.3 Satz 1 des Gesellschaftsvertrags (ständige höchstrichterliche Rechtsprechung, z.B. BGH, Urteil vom 16. März 2017, Az: I ZR 39/15 – „PC mit Festplatte I“, Rz. 24, GRUR 2017, 716 ff.).

b) Die Antragsgegnerin ist passivlegitimiert, §§ 54 Abs. 1, 54b Abs. 1 UrhG. Wie sich aus der mit Anlage (...) vorgelegten Händlerauskunft vom (...) ergibt, hat die Antragsgegnerin im Jahr 2019 Smartwatches in der Bundesrepublik Deutschland angeboten und vertrieben. Gleiches gilt nach dem unwidersprochen gebliebenen Vortrag der Antragstellerin für das erste Halbjahr 2020, für das sie auf eine Händlerauskunft der (...) verweist, die im Bestreitensfall vorgelegt werden könne.

Mangels anderer Anhaltspunkte geht die Schiedsstelle davon aus, dass die betreffenden Smartwatches die in Abschnitt 3 des gemeinsamen Tarifs aufgestellten Merkmale aufweisen.

c) Die Antragsgegnerin hat der Antragstellerin in erkanntem Umfang Auskunft zu erteilen.

a. Nach § 54f Abs. 1 UrhG ist derjenige zur Auskunft verpflichtet, der nach § 54 UrhG oder § 54b UrhG zur Zahlung der Vergütung verpflichtet ist. Das sind neben dem Hersteller auch die Importeure und Händler von Geräten und Speichermedien, deren Typ allein oder in Verbindung mit anderen Geräten, Speichermedien oder Zubehör zur Vornahme von Vervielfältigungen im Sinne von § 53 Abs. 1 und 2 und §§ 60a bis 60f UrhG benutzt wird und die im Geltungsbereich des UrhG veräußert oder in Verkehr gebracht werden. Durch den Auskunftsanspruch soll den Verwertungsgesellschaften die Durchsetzung der Vergütungsansprüche erleichtert werden. Ein Auskunftspflichtiger hat daher Auskunft über Art und Stückzahl sowie den Typ (Marke) der verfahrensgegenständlichen Produkte, bei Speichermedien zusätzlich über die Speicherkapazität zu erteilen, um so eine Berechnung der Vergütung und eine Kontrolle der Angaben zu ermöglichen (vgl. Dreier in: Dreier/Schulze, Urheberrechtsgesetz, 7. Aufl. 2022, § 54f UrhG Rn. 4).

Bei den verfahrensgegenständlichen Smartwatches im Sinne von Abschnitt 3 des Tarifs handelt es sich um solche Geräte. Sie verfügen nach der Definition, welche die Antragstellerin ihren Anträgen zugrunde legt, über einen eingebauten Speicher mit einer Speicherkapazität von mindestens 5 Megabyte, auf dem urheberrechtlich geschützte Audioterke und/oder Videoterke und/oder Textwerke und/oder Bilderwerke gemäß §§ 53 Abs. 1 bis 2 und §§ 60a bis 60f UrhG alleine oder in Verbindung mit anderen Geräten, insbesondere mit einem Mobiltelefon, vervielfältigt werden können.

Der Online-Duden definiert eine Smartwatch als „am Handgelenk getragener Mini-computer, der neben der Zeitanzeige zahlreiche Funktionen wie Konnektivität zum Smartphone, Sensoren zur Beobachtung des Anwenders u.Ä. aufweist.“ (<https://www.duden.de/rechtschreibung/Smartwatch>).

Ausweislich eines online-Artikels der Computerbild vom 1. Oktober 2023 kann inzwischen jede Smartwatch die „wichtigsten Basics“ wie Nachrichten verschicken und auch Musik abspielen. Als eine der Hauptfunktionen wird im weiteren die Synchronisation von Daten mit dem Smartphone angegeben, neben Nachrichten und Anrufen werden hier auch Playlists genannt (vgl. „Was kann eine Smartwatch“ unter <https://www.computerbild.de/artikel/cb-Tipps-Wearables-Was-kann-eine-Smartwatch-31430197.html>).

Da somit die Synchronisation von Musiktiteln und das Abspielen von Musik – neben anderen – eine der Hauptfunktionen zumindest der antragsgegenständlichen Smartwatches ist, entspricht es auch einer gewissen Lebenswahrscheinlichkeit, dass diese Funktion regelmäßig auch genutzt wird. Das Speichern von Musik auf der Smartwatch war überdies auch schon im verfahrensgegenständlichen Zeitraum möglich (vgl. online-Artikel der Computerbild vom 15. November 2018 unter <https://www.computerbild.de/artikel/cb-Tests-Wearables-Musik-Smartwatch-22539527.html>: „Laufen gehen, dabei Musik hören und das Training aufzeichnen – alles ohne Smartphone. Das geht! Viele aktuelle smarte Uhren und Armbänder, genannt *Wearables*, speichern Musik und übertragen sie an *Bluetooth-Kopfhörer*.“).

Dass die Vervielfältigungsfunktion von Smartwatches – sofern sie vorhanden ist – auch tatsächlich genutzt wird, um Vervielfältigungen zu privaten Zwecken anzufertigen, hat nach dem unwidersprochenen Vortrag der Antragstellerin die Untersuchung der GfK ergeben (vgl. Antragschrift vom (...), S. (...)).

- b. Der Auskunftsanspruch besteht dabei uneingeschränkt hinsichtlich sämtlicher von der Antragsgegnerin im maßgeblichen Zeitraum in Verkehr gebrachter Smartwatches im Sinne von Abschnitt 3 des Tarifs (vgl. die entsprechende Definition unter Ziffer 1 des Tenors) und auch im Hinblick auf sog. Business-Produkte, da die Antragstellerin nur so in die Lage versetzt wird, die Voraussetzungen für das Vorliegen der Vergütungspflicht zu prüfen.

Nach der Rechtsprechung des EuGH wird bei Überlassung eines Geräts oder eines Speichermediums an eine natürliche Person widerleglich vermutet, dass ein Erwerb zu privaten Zwecken vorliegt. Für den Fall, dass der private Zweck – wenigstens aufgrund der widerleglichen Vermutung – anzunehmen ist, wird weiterhin unwiderleglich vermutet, dass diese Person das Gerät oder Speichermedium zur Anfertigung von Privatkopien verwendet und diese Nutzungsmöglichkeiten auch ausschöpft (vgl. EuGH, Urteil vom 11. Juli 2013, Az.: C-521/11, veröffentlicht in GRUR Int. 2013, 949 ff.). Für etwas Anderes ist die Antragsgegnerin darlegungs- und beweispflichtig. Derartige Darlegungen können nach Auffassung der Schiedsstelle nur auf Grundlage einer umfassenden Auskunftserteilung gemacht werden.

- c. Soweit jedoch beantragt wurde, der Antragsgegnerin aufzugeben, im Rahmen der Auskunftserteilung anzugeben und nachzuweisen, ob es sich gegebenenfalls um eine vergütungsfreie „Business-Smartwatch“ gehandelt habe, folgt die Schiedsstelle dem nicht. Dabei handelt es sich nicht um ein Merkmal, das vom gesetzlichen Auskunftsanspruch nach § 54f UrhG umfasst ist, sondern um eine Obliegenheit des zur Auskunft und Zahlung Verpflichteten, von dem die Antragstellerin bei entsprechender Angabe keine Vergütung fordert. Da die Nichtbeachtung dieser Obliegenheit Rechtsnachteile nach sich ziehen würde, darf vermutet werden, dass die Antragsgegnerin auch ohne ausdrücklichen Ausspruch einer entsprechenden Verpflichtung Angaben hierzu machen wird.

Dies steht auch im Einklang mit der Rechtsprechung des BGH, der ausführt:

„[...] Der Klägerin steht es frei, im Rahmen der Auskunftserteilung den Nachweis zu erbringen, dass die Speichermedien nicht für vergütungspflichtige Vervielfältigungen verwendet worden sind, und die Vermutung damit zu widerlegen.“ (Urteil vom 16.03.2017, I ZR 35/15 „externe Festplatten“, Rn. 44, GRUR 2017, 684 ff.)

oder

„c) Der Beklagten muss es allerdings gestattet sein, im Zusammenhang mit der Erteilung der von der Klägerin begehrten Auskünfte nachzuweisen, dass die von ihr in Verkehr gebrachten Speichermedien nicht zur Herstellung von Privatkopien verwendet worden sind.“ (Urteil vom 18.05.2017, I ZR 266/15 „USB-Stick“, Rn. 23, ZUM 2018, 185 ff.)

Diesen Formulierungen kann entgegen der Antragstellung der Antragstellerin nicht entnommen werden, dass der BGH oder das Gesetz eine Verpflichtung der Auskunftspflichtigen vorsieht, die Erbringung von Nachweisen bereits im Rahmen der Auskunft vorzunehmen. Der BGH formuliert die Vorlage von Nachweisen vielmehr als Obliegenheit.

- d) Soweit sich aus der zu erteilenden Auskunft ein Inverkehrbringen oder Veräußern von Smartwatches im Sinne des gemeinsamen Tarifs der Antragstellerin sowie der VG Wort und der VG Bild-Kunst vom 24. Oktober 2019 ergibt, ist die Antragsgegnerin unter den im Tenor zu 2. genannten Voraussetzungen verpflichtet, die tariflich vorgesehene Vergütung zu bezahlen.

Die Höhe der Vergütung bestimmt sich nach dem Gemeinsamen Tarif der Antragstellerin, VG Wort und VG Bild-Kunst für Smartwatches vom 24. Oktober 2019. Der Gemeinsame Tarif ist anwendbar und wird von der Schiedsstelle in Anbetracht der verfestigten höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Indizwirkung von Gesamtverträgen für den verfahrensgegenständlichen Zeitraum in der tarifierten Höhe als angemessen bewertet (vgl. Urteil des BGH vom 10. September 2020, Az. I ZR 66/19, „Gesamtvertragsnachlass“, Rn. 20; siehe auch: Beschlüsse des BGH vom 4. November 2021, Az: I ZR 138/20 und Az.: I ZR 84/20).

Nach dem Urteil des BGH vom 10. September 2020 (a.a.O.) kann die Vereinbarung einer Vergütung für Geräte oder Speichermedien in einem Gesamtvertrag einen gewichtigen Anhaltspunkt für die Angemessenheit dieser Vergütung bieten. Dies gelte insbesondere, wenn ein solcher Vertrag (zwischen den Parteien oder) unter Beteiligung einer der Parteien geschlossen worden ist. Die Annahme der indiziellen Wirkung vereinbarter Gesamtverträge knüpfe an den Umstand an, dass ein im Wege privatautonomer Verhandlungen zwischen sachkundigen Verhandlungspartnern erzieltetes Vertragsergebnis ein angemessenes Abbild des den Urheberrechtsinhabern durch die in § 53 Abs. 1 bis 3 UrhG a.F. (nunmehr: § 53 Abs. 1 und 2 und §§ 60a bis 60f UrhG) genannten Nutzungen tatsächlich entstandenen Schadens darstellt. Es sei zu vermuten, dass eine solche vereinbarte Vergütung eher der angemessenen Vergütung im Sinne von § 54a UrhG entspreche als eine Vergütung, die auf der Grundlage empirischer Studien errechnet worden sei. Dies gelte auch mit Blick auf Vergütungsschuldner, die durch den Gesamtvertrag nicht berechtigt oder verpflichtet werden (BGH, Beschluss v. 4. November 2021, a.a.O.).

Vorliegend entsprechen die von der Antragstellerin geltend gemachten tariflichen Vergütungssätze den zwischen der Antragstellerin, der VG Wort, der VG Bild-Kunst mit dem (...) gesamtvertraglich im Oktober 2019 vereinbarten Vergütungssätzen. Im August 2021 hat die Antragstellerin für den Zeitraum ab 2021 einen weiteren Gesamtvertrag mit dem (...) abgeschlossen, der ebenfalls eine Vergütung von EUR 1,50 pro Stück Smartwatch vorsieht (Gesamtvertrag abrufbar unter: (...)). Somit wurde die Vergütungshöhe mit einem weiteren Gesamtvertragspartner verhandelt und als angemessen befunden.

Der BGH führt zwar auch aus, dass die Annahme einer indiziellen Wirkung die Darlegungs- und Beweislast der Verwertungsgesellschaft für die Angemessenheit der zugrunde gelegten Vergütungssätze unberührt lasse und es einer am Gesamtvertragsverfahren nicht beteiligten Partei (vorliegend: die Antragsgegnerin) unbenommen bleibe, die Angemessenheit der verlangten Vergütung zu bestreiten. Die Antragsgegnerin hat hierzu jedoch nichts vorgetragen.

- e) Soweit eine Vergütung zu zahlen ist, ist diese um den jeweils doppelten Vergütungssatz zu erhöhen, da die Antragsgegnerin ihrer Auskunftspflicht gemäß § 54f Abs. 1 UrhG schuldhaft nicht nachgekommen ist.
- a. Gemäß § 54f Abs. 3 UrhG „kann der doppelte Vergütungssatz verlangt werden“, wenn der zur Zahlung der Vergütung Verpflichtete seiner Auskunftspflicht nicht, nur unvollständig oder sonst unrichtig nachkommt. Des Weiteren setzt der Anspruch Verschulden voraus (vgl. BT-Drucks. 11/5744, Seite 35; Dreier, in: Dreier/Schulze, UrhG, Kommentar, 7. Aufl. 2022, § 54f Rn. 10). Wann ein schuldhaftes Verhalten des Vergütungsschuldners anzunehmen ist, ist am Maßstab des § 276 Abs. 1 und 2 BGB zu beurteilen. Nach ständiger Rechtsprechung sind im Urheberrecht – ebenso wie im gewerblichen Rechtsschutz – an die Beachtung der erforderlichen Sorgfalt strenge Anforderungen zu stellen. Hiernach handelt fahrlässig, wer sich erkennbar in einem Grenzbereich des rechtlich Zulässigen bewegt, in dem er eine von der eigenen Einschätzung abweichende Beurteilung der rechtlichen Zulässigkeit des fraglichen Verhaltens in Betracht ziehen muss (vgl. hierzu BGH, Urteil v. 29. Oktober 2009, Az.: I ZR 168/06, GRUR 2010, 57 ff., Rn. 41f. – Scannertarif, unter Verweis auf BGH, GRUR 1998, 568, 569 – Beatles Doppel-CD).

Nach dem tragenden Präventions- und Sanktionsgedanken der Regelung des § 54f Abs. 3 UrhG soll der Auskunftspflichtige unter Androhung der Rechtsfolge des Anfallens des doppelten Vergütungssatzes zur Erteilung der Auskunft sowie dazu angehalten werden, dass diese vollständig und richtig ist (vgl. Dreier, in: Dreier/Schulze, UrhG, 7. Aufl. 2022, § 54f Rn. 8). Dem Auskunftsverpflichteten muss aber jedenfalls ein Auskunftsverlangen zugegangen sein, welches unbeachtet geblieben ist oder nicht vollständig und/oder nicht wahrheitsgemäß erfüllt wurde (vgl. OLG Köln, NJW-RR 1998, 1263, 1264).

- b. Die von der Antragsgegnerin in Verkehr gebrachten Smartwatches unterliegen grundsätzlich vollumfänglich der Auskunftspflicht gemäß § 54f Abs. 1 UrhG (siehe hierzu bereits oben). Dieser Pflicht ist die Antragsgegnerin als nach §§ 54f Abs. 1, 54b, 54 UrhG Auskunftsverpflichtete bis heute nicht nachgekommen, obwohl die Antragstellerin sie mit Schreiben vom (...) unter Fristsetzung bis zum (...) hierzu aufgefordert hat. Dabei hat sie des Weiteren bereits den doppelten Vergütungssatz für den Fall der nicht fristgerechten Auskunftserteilung geltend gemacht (vgl. Ziffer 5. des als Anlage (...) vorgelegten Schreibens).

Nach dem Vorhergesagten geht die Schiedsstelle von einem mindestens fahrlässigen Verhalten der Antragsgegnerin aus, da sie trotz fristgebundener Aufforderung und Geltendmachung des doppelten Vergütungssatzes für den Fall nicht fristgemäßer Auskunftserteilung bis heute keine Auskunft erteilt hat. Daher war der doppelte Vergütungssatz wie beantragt zuzusprechen.

- f) Soweit die Antragsgegnerin zur Zahlung des einfachen und doppelten Vergütungssatzes verpflichtet ist, liegen auch die Voraussetzungen des Verzugs gemäß § 286 Abs. 1 Satz 1 BGB mit Ablauf der in dem Aufforderungsschreiben vom (...) gesetzten Frist, mithin seit dem (...) vor.

Die Höhe der Verzugszinsen entspricht der Regelung in § 288 Abs. 1 BGB.

III.

Die Amtskosten des Verfahrens trägt die Antragsgegnerin (§ 121 Abs. 1 Satz 1 VGG). Dies entspricht dem Ausgang des Verfahrens, da die Antragstellerin nur hinsichtlich eines geringfügigen Teils des geltend gemachten Auskunftsanspruchs unterliegt.

Die Anordnung zur Erstattung notwendiger Auslagen ist nicht angezeigt, denn es liegen keine besonderen Umstände vor, die hier im Rahmen der Ermessensentscheidung abweichend vom gesetzlichen Regelfall aus Billigkeitsgründen eine Kostenauflegung i.S.v. § 121 Abs. 1 Satz 2 VGG rechtfertigen würden. Es verbleibt somit bei dem in bisherigen Schiedsstellenverfahren angewandten Grundsatz, dass die Beteiligten die ihnen erwachsenen notwendigen Auslagen jeweils selbst zu tragen haben.

IV.

Die Beteiligten haben die Möglichkeit, innerhalb eines Monats gegen diesen Einigungsvorschlag Widerspruch einzulegen.

Die Widerspruchsfrist beginnt mit dem Tag der Zustellung zu laufen. Der Widerspruch ist schriftlich zu richten an:

Schiedsstelle
nach dem Gesetz über die Wahrnehmung
von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
durch Verwertungsgesellschaften
beim Deutschen Patent- und Markenamt,
80297 München.

Wird kein Widerspruch eingelegt, gilt der Einigungsvorschlag als angenommen und eine dem Inhalt des Vorschlags entsprechende Vereinbarung als zustande gekommen.

V.

Die Entscheidung über die Kosten kann durch Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochten werden, auch wenn der Einigungsvorschlag angenommen wird. Der Antrag ist an das Amtsgericht München, 80333 München, zu richten.

(...)

(...)

(...)

Beschluss:

Der Streitwert wird entsprechend der unwidersprochenen Schätzung der Antragstellerin auf EUR 10.000,00 festgesetzt.

(...)

(...)

(...)